

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/220

15. November 1972

Die "Welt" im Widerspruch zur Wirklichkeit

Der ökonomische Sachverständige siegt über Agitation

Von Dr. Alex-Möller / Mitglied des Präsidiums
der SPD

Seite 1 / 31 Zeilen

CDU-Manipulationen ohne Ende

Überzeugende Fakten zum Haushaltsablauf

Seite 2 / 33 Zeilen

Permanente Reform in der Berufsbildung

Sozialliberaler Erfolgsansatz für durchgrei-
fende Maßnahmen

Von Dr. Herbert Ehrenberg

Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit
und Sozialordnung

Seite 3 und 4 / 97 Zeilen

Ein gutes Plus in der Lebensqualität

BRD sozialpolitisch an erster Stelle in der EWG

Von Helmut Rohde

Parlamentarischer Staatssekretär im Bundes-
ministerium für Arbeit und Sozialordnung

Seite 5 und 6 / 91 Zeilen

Es bleibt bei der Marktwirtschaft!

Mit gelassener Zuversicht der Zukunft entgegen

Von Helmut Schmidt

Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen
und stellv. SPD-Vorsitzender

Seite 7 bis 9 / 137 Zeilen

-
- * Wir setzen heute den zwanglosen Abdruck
 - * einer Serie "Rückblick und Ausblick" fort,
 - * in der die sozialdemokratischen Bundes-
 - * minister über ihre Tätigkeit und ihre Ar-
 - * beitspläne berichten.

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Praktikums 1, Zimmer 217-224
Telefon: 32 26 57 - 38
Telex: 888 246 / 888 847
888 848 P P P D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Die "Welt" im Widerspruch zur Wirklichkeit

Der ökonomische Sachverstand siegt über Agitation

Von Dr. Alex Möller

Mitglied des Präsidiums der SPD

Das Springer-Blatt "Welt" hat eine Dokumentation über "Kapitalanlage" veröffentlicht, die mit einem Leitartikel "Inflation trifft alle Sparer" eingeleitet wird. Gleich zu Beginn beklagt man, daß die Bundesbürger noch nie seit der Korea-Krise "unter einer so verheerend starken Geldentwertung" zu leiden hatten wie gerade zur Zeit:

Dabei bleibt die Preissteigerungsrate des Jahres 1961 mit 7,8 vH (im Oktober 11,5 vH.) selbstverständlich unerwähnt. Die Tatsache, daß die Bevölkerung mit rund 31 Milliarden DM in der ersten Hälfte des Jahres 1972 so viel wie noch nie in einem entsprechenden Zeitraum gespart hat, wird zwar nicht verschwiegen, aber damit abgetan, daß sich die Sparer von der Preissteigerungsrate von sechs vH. oben noch nicht hätten entmutigen lassen. Die Ursache des Spar-Booms, die außerordentliche Steigerung der Einkommen, insbesondere des verfügbaren Haushaltseinkommens, wird dagegen richtig erkannt.

Die einzig mögliche Schlußfolgerung wäre nun, den Mut zu der Feststellung zu finden, daß die Bundesbürger Vertrauen in die Wirtschaftspolitik setzen, oder zumindest solange Vertrauen zu der Regierung Brandt/Scheel haben, wie die realen Netto-Einkommen steigen. Eine solche Schlußfolgerung darf aber nicht sein, weil sie nicht in das CDU/CSU-orientierte politische Konzept der Redaktion hineinpaßt.

Die Folgebetrachtungen der von der "Welt" unabhängigen Fachleute kommen zu durchaus anderen Ergebnissen als der Leitartikel des Springer-Blattes selbst. Die anlagenbezogenen Artikel der Dokumentation zeigen eindeutig, daß für den kleinen Mann nach wie vor Chancen für die Vermehrung seines Einkommens und Vermögens bestehen. Hier siegt - im ganzen genommen - der ökonomische Sachverstand über die gewollte Einseitigkeit im "Welt"-Leitartikel.

(-/15.11.1972.ogy/ex)

CDU-Manipulationen ohne Ende

Überzeugende Fakten zum Haushaltsablauf

Mit Zahlen in der Politik verbindet man gedanklich die Vorstellung von objektiven und wissenschaftlich korrekten Sachausagen. In diesem Wahlkampf aber werden von der Opposition und ihr nahestehenden Medien Zahlen kräftig manipuliert. Jüngstes Beispiel: Die Behauptung, daß der Bund bis Ende September die "Ausgaben für 1972 überzogen" und bei "50 Titeln die Haushaltsansätze um rd. 515 Millionen DM überschritten" hätte.

Richtig ist statt dessen: Die Ist-Ausgaben des Bundes betragen vom Januar bis September 1972 insgesamt 76,9 Milliarden DM und sind damit gegenüber dem Vorjahr um 10,2 vH. gestiegen. Der Haushaltsausschuß des VI. Deutschen Bundestages hatte in seiner letzten Sitzung vom 14. September 1972 das Etatvolumen für das ganze Jahr 1972 mit 108,98 Milliarden DM beschlossen, also mit einem Zuwachs gegenüber dem Vorjahr um 11,1 vH. Die Steigerungsrate für die bisherigen neun Monate 1972 liegt damit erheblich unter der bewilligten Gesamtjahressteigerung.

Sicher wurden und werden im tatsächlichen Etatablauf einige Soll-Ansätze überschritten; dafür werden aber auch andere unterschritten. Das ist jedes Jahr so. Und das steht auch im Einklang mit dem Haushaltsrecht. Auch mit den Besonderheiten des Etatjahres 1972 und seiner vorläufigen Haushaltsführung nach Art. 111 und 112 GG.

Wie unseriös und tendenziell die finanzpolitischen Parolen gewisser Meinungsmacher sind, läßt sich schnell und einfach darstellen. Da wird also in Schlagzeilen behauptet: "Ist-Ausgaben für neun Monate schon höher als Soll-Ansätze für das ganze Jahr". Als gravierendes Beispiel wird dann das Ausbildungsförderungsgesetz genannt, für das bereits rd. 850 Millionen ausbezahlt wurden, obwohl nur "695,2 Millionen für das ganze Jahr" vorgesehen seien. In Wirklichkeit hat der parlamentarische Haushaltsausschuß im September den Jahresansatz auf 1.115 Millionen DM festgelegt. Die Ist-Ausgaben liegen also noch um 265 Millionen unter der Soll-Betrag.

(11/15.11.1972/ks/ex)

Permanente Reform in der Berufsbildung

Sozialliberaler Erfolgsansatz für durchgreifende Maßnahmen

Von Dr. Herbert Ehrenberg

Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

Wie steht die politische Landschaft auf dem Gebiete der beruflichen Bildung z.Zt. aus? Kann die sozialliberale Bundesregierung mit den bisherigen Ergebnissen ihrer Arbeit zufrieden sein? War die Bundesregierung auf diesem eminent wichtigen Gebiet der Innenpolitik politisch erfolgreich oder war sie untätig, wie uns die Opposition glauben machen will?

Diese Fragen lassen sich wie folgt beantworten:

In der politischen Diskussion und in der Praxis ist die berufliche Bildung jahrzehntelang zugunsten anderer Bildungsbereiche vernachlässigt worden. Damit hat die Bundesregierung Brandt radikal gebrochen. Sie hat der beruflichen Bildung einen ganz anderen, besseren Stellenwert in der gesamten Bildungspolitik gegeben, als sie sie unter früheren CDU-Regierungen gehabt hatte. Sie hat der beruflichen Bildung um der 1,3 Millionen Auszubildenden willen zur Gleichwertigkeit gegenüber anderen Bereichen der Bildungspolitik verholfen und ihr den Geruch des Zweitrangigen genommen. Die Dokumente, die dies belegen, sind bekannt: der Bildungsbericht 1970, das Aktionsprogramm berufliche Bildung im November 1970 sowie die Sozialberichte 1971 und 1972. Diese programmatischen Grundlagen haben uns die CDU-Bundesregierungen nicht geliefert.

Auf diesem Fundament haben wir einmal, den kurzfristigen Bedürfnissen entsprechend, die notwendige Detailarbeit in Angriff genommen und geleistet, wie sie sich in der Verwaltungspraxis der Bundesregierung in den Jahren 1971 und 1972 zeigt (z.B. Berufsgrundbildungsjahr - Anrechnungs-Verordnung vom Juli 1972, Ausbilder-Eignungsverordnung vom April 1972 eine Reihe von Stufenausbildungsordnungen usw.). In diesem Zusammenhang gehören auch die große Zahl von Modellversuchen zur Weiterentwicklung der beruflichen Bildung, die mit Hilfe der Bundesregierung überall im Lande gestartet worden sind.

Darüberhinaus hat die Bundesregierung die langfristig wirkende die Struktur unseres beruflichen Bildungswesens überdenkende Arbeit in Gang gebracht. Sie hat im Rahmen der Bund-Länder-Kommission - in Zusammenarbeit mit den Ländern - dafür gesorgt, daß endlich auf politischer Ebene, auf der Ebene der Regierungschefs von Bund und Ländern, verbindlich festgelegt wurde, und zwar im Juli d.J., welche Entscheidungen auf dem Gebiete der beruflichen Bildung in den nächsten zwei bis drei Jahren fallen müssen, um ein modernes berufliche Bildungssystem zu schaffen. Aus der langen Liste der offenen Fragen die in diesen Kreisen gehören, seien beispielhaft nur erwähnt:

- In welchem Umfang und in welchen Berufsfeldern kann und soll bis 1975 das Berufsgrundbildungsjahr in Vollzeitschulen oder im jetzigen System von Teilzeitberufsschule und beruflicher Ausbildung durchgeführt werden?

- In welchem Umfang können verstärkt Bildungsgänge eingerichtet und ausgebaut werden, die sowohl den Zugang zum Beruf als auch den

Studium eröffnen ?

Selbstverständlich geht es dabei auch um die Frage, wie das sogenannte duale System zu ergänzen und auszubauen ist. Die sozial-liberale Bundesregierung vertritt die Ansicht, daß die Ausbildung in erster Linie nach den bildungspolitischen Bedürfnissen der jungen Menschen organisiert werden muß. Das leistet unser überwiegend betriebliches Ausbildungssystem leider nur teilweise, wie jeder unschwer "vor Ort" feststellen kann. Die Bundesregierung denkt bei dieser Diskussion allerdings nicht daran, das duale System abzuschaffen. Sie sieht, wie sie oft genug erklärt hat, im Rahmen der beruflichen Bildung die praktische Ausbildung im Betrieb als unverzichtbaren und notwendigen Bestandteil an.

Neben der Arbeit in der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung sind drei weitere wichtige Maßnahmen ihrer langfristig wirkenden Bemühungen auf dem Gebiet der Berufsbildungspolitik festzuhalten.

Es gibt bisher keine ausreichenden Daten über die Kosten der betrieblichen und überbetrieblichen beruflichen Bildung und keine abgesicherten Vorschläge für eine gerechte Verteilung dieser Kosten. Die Bundesregierung hat deshalb 1970 die "Sachverständigenkommission zur Untersuchung der Kosten und der Finanzierung der beruflichen Bildung" berufen, deren Vorsitzender Prof. Dr. Friedrich Edding ist. Die Kommission wird Ende 1972 einen Vorbericht und Mitte 1973 ihren abschließenden Bericht vorlegen. Die Bundesregierung wird auf Grundlage dieser Aussagen prüfen, wie ein künftiges Finanzierungssystem der außerschulischen beruflichen Bildung gestaltet werden sollte.

Weiter hat sich die Bundesregierung durch Berufung des "Bundesausschusses für Berufsbildung" ein verlässliches Beratungsgremium geschaffen. Der Ausschuß, dem Arbeitnehmer-, Arbeitgebervertreter und Vertreter der Kultusverwaltungen der Länder angehören, hat - weitgehend unbeobachtet von der Öffentlichkeit - umfangreiches und wertvolles Material über viele Bereiche der beruflichen Bildung vorgelegt.

Schließlich hat die sozialliberale Bundesregierung die Forschung auf dem Gebiete der Berufsbildung durch Gründung des "Bundesinstituts für Berufsbildungsforschung" in Gang gebracht. Kritiker werfen der Bundesregierung vor, daß sie noch keine wesentlichen Ergebnisse dieser Forschungsarbeit vorweisen kann. Das ist in die Kategorie der Polemik einzuordnen. Forschungsergebnisse lassen sich nicht aus dem Boden stampfen. Die Kritiker treffen in Wahrheit frühere CDU-Regierungen, denn diese hätten das Institut gründen müssen.

Ich meine, dies sind durchaus spektakuläre Erfolgsergebnisse einer knapp dreijährigen Regierung. Wir haben die konservative Laxheit auf diesem Gebiet, das Treibenlassen der Dinge, überwunden und die permanente Reform eingeleitet. Ferner haben wir bereits eine Fülle von praktischen Ergebnissen erzielt. Auf dieser Grundlage können und werden wir die Probleme der beruflichen Bildung meistern, die uns jahrzehntelange CDU-Regierungen ungelöst hinterlassen haben.

(-/15.11.1972/ks/ex)

Ein gutes Plus in der Lebensqualität

BRD sozialpolitisch an erster Stelle in der EWG

Von Helmut Rohde

Parlamentarischer Staatssekretär im
Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung hat ihre Tätigkeit unter das Motto der inneren Reformen gestellt. Vornehmlich in der Sozialpolitik galt es, den Hoffnungen von Millionen Frauen und Männern, von Arbeitern, Angestellten und Rentnern in die Sozialdemokraten gerecht zu werden.

Die CDU/CSU hatte in ihrem Schwerpunktprogramm für die VI. Legislaturperiode, das das Datum vom 20. August 1969 trägt, verkündet: "Die Leistungen in unserem sozialen Sicherungssystem sind so hoch und im Ganzen so ausgewogen, daß wir keine aufwendigen strukturellen Leistungsverbesserungen mehr anstreben sollten". Das war die Programmierung der Flaute in der deutschen Sozialpolitik. Demgegenüber war in der sozialdemokratischen Wahlplattform für 1969 und in der Regierungserklärung von Bundeskanzler Willy Brandt dem Willen der SPD zur sozialen Reform Ausdruck verliehen worden. Das Regierungsprogramm war Anlaß zu intensiver Arbeit auf allen Gebieten der Sozialpolitik. Die Reformvorhaben konnten trotz der um ein Jahr verkürzten Legislaturperiode weitgehend realisiert oder eingeleitet werden.

Diese Reformarbeit hat die Sozialpolitik auf dem Wege von den traditionellen Begrenzungen auf eine reagierende und korrigierende Einflußnahme zur vorausschauenden, auch anderen Politiken Ziele setzenden gesellschaftlichen Gestaltungskraft ein gutes Stück vorangebracht. Die Erfolge reichen von wichtigen strukturellen Reformen, zu denen das neue Betriebsverfassungsgesetz oder die Ausarbeitung neuer Ausbildungsordnungen zu zählen sind, bis hin zu Reformen im System sozialer Geld- oder Sachleistungen. Ich erwähne hier beispielhaft nur das Rentenreformprogramm der Bundesregierung mit der flexiblen Altersgrenze und der Rente nach Mindesteinkommen, ferner die Dynamisierung der Kriegsopferversorgung, den Unfallschutz für Schüler, Studenten und Kinder, die Öffnung der Krankenversicherung für alle Angestellten und die Aufnahme von Vorsorgeuntersuchungen in den Leistungskatalog der sozialen Krankenversicherung.

Struktur- und Niveaueverbesserungen im sozialen Leistungssystem waren wichtige Schritte zu einer gerechteren und umfassenderen sozialen Sicherung. Sie schlagen sich auch in einem höheren Anteil der sozialen Leistungen am Bruttosozialprodukt (Sozialleistungsquote) nieder. Man kann im Anstieg der Sozialleistungsquote somit auch einen Indikator für ein Mehr an sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit sehen. Wie das Sozialbudget 1972 der Bundesregierung ausweist, stieg die Sozialleistungsquote von 24,8 vH. im Jahre 1970 auf 25,7 vH. im Jahre 1972. Für 1976 wurde eine

Quote von 26,4 vH. projiziert.

Unsere eigenen Berechnungen werden auch von neutraler, supranationaler Warte bestätigt. Nach den vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften veröffentlichten Sozialkonten nahmen die Sozialausgaben in der Bundesrepublik zwischen 1969 und 1970 real, d.h. in Preisen von 1963, um 9,2 vH. zu; das ist ein Wachstum sozialer Leistungen, wie es seit 1963 - so weit reicht diese europäische Statistik zurück - nicht erreicht worden war. Auch für 1971/70 wurde diese reale Wachstumsrate wieder erreicht. Diese Zahlen widerlegen eindeutig die Versuche, die Leistungen dieser Bundesregierung mit dem Argument der Preissteigerung zu zerreden. Sie beweisen zweifelsfrei, daß sich die sozialpolitische Arbeit seit Ende 1969 in einem Mehr an Lebensqualität niedergeschlagen hat. Gegenüber den Jahren von 1963 bis 1969 hebt sich der von uns erzielte soziale Fortschritt deutlich ab.

Diese "soziale Zahlenargumentation" kann noch weitergeführt werden: Betragen die Sozialausgaben nach der europäischen Sozialstatistik je Kopf der bundesdeutschen Bevölkerung im Jahre 1969 noch 1.970 DM, so lagen sie 1971 bei 2.200 DM. Mit diesem sozialen Leistungsniveau hat sich die Bundesrepublik an die Spitze aller Länder der europäischen Gemeinschaft gesetzt.

Rechnet man weitere, insbesondere auch indirekte soziale Leistungen mit ein, wie wir es im Sozialbudget 1972 getan haben, so erreichen die Sozialleistungen je Kopf der Bevölkerung 1971 den Betrag von 3.088 DM und 1972 von 3.350 DM; für 1976 sind mehr als 4.600 DM vorausberechnet. Wenngleich diese je-Kopf-Zahlen noch nichts über die personelle Verteilung der Leistungen auszusagen vermögen, so kennzeichnen sie in dieser Größenordnung doch den Kurswert heutiger Sozialpolitik für die Menschen.

Dieses Leistungsbild wird durch die bedeutende Erhöhung der Arbeitseinkommen seit Ende 1969 ergänzt. Nach der harmonisierten Lohnstatistik des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften stiegen beispielsweise die Stundenverdienste der Industriearbeiter allein in den ersten beiden Jahren der Regierung Brandt um 23 vH., ein Einkommenszuwachs, der in keinem vorangegangenen Zweijahreszeitraum erreicht wurde. Und weiter: Während unsere Nachbarstaaten z.T. beachtliche Arbeitslosenquoten zu verzeichnen haben, ist in der Bundesrepublik bei einer Quote von 0,9 vH. die Vollbeschäftigung gesichert.

Die Erfolge unserer dreijährigen Arbeit werden somit auch durch die Statistiken supranationaler Instanz bestätigt. Es ist gelungen, ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit und Sicherheit im Lande zu schaffen, die Industriegesellschaft leistungsfähig zu erhalten, dabei aber sozial stärker zu fundieren. Ich glaube, daß wir damit auch einen Beitrag zu einer sozial ausgerichteten Europäischen Gemeinschaft leisten können. Schließlich wird die wirtschaftliche Harmonisierung durch den gemeinsamen sozialen Fortschritt ergänzt werden müssen. Der Bundeskanzler hat auf der europäischen Gipfelkonferenz in Paris Akzente in dieser Richtung gesetzt.

(-/15.11.1972/ks/ex)

Es bleibt bei der Marktwirtschaft !

Mit gelassener Zuversicht der Zukunft entgegen

Von Helmut Schmidt

Bundesminister für Wirtschaft und
Finanzen und stellv. SPD-Vorsitzender

Seit dem Sommer befinden wir uns erneut in einem konjunkturellen Anstieg, der bisher insgesamt verhalten verläuft. Für 1972 erwarten wir eine Zunahme des Bruttosozialprodukts um nominal 9,5 vH. und um real 3,2 vH., eine Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität um 4,5 vH., eine Sicherung der Vollbeschäftigung, eine Begrenzung des Außenbeitrags auf eine Größenordnung von 1,4 vH., eine Erhöhung der Bruttolohn- und -gehaltssumme je Beschäftigten um 9,5 vH. und einen Anstieg der Sparquote auf 13,5 vH.

Diese Daten signalisieren, daß unsere Wirtschaft insgesamt gesund ist. In diesem Prozeß gibt es auch für uns ein Problem, das nach wie vor alle europäischen Länder beunruhigt: der anhaltende Anstieg der Preise. Die Hoffnung, daß sich mit Beruhigung der Konjunktur auch die Preissteigerungen fühlbar verlangsamen würden, hat sich nur zum Teil und auch nur vorübergehend erfüllt. Inzwischen steigen die industriellen Erzeugerpreise und die Verbraucherpreise wieder stärker, vor allem aber die Nahrungsmittelpreise tendieren zügig nach oben. Die neuen Zahlen sind bekannt: Im Oktober lagen die Verbraucherpreise um 6,4 vH., die industriellen Erzeugerpreise um 3,5 vH. über dem vergleichbaren Vorjahresstand. In ganz Europa sieht es ähnlich aus, in den meisten Staaten allerdings ist der Anstieg der Verbraucherpreise schneller.

Die Behauptung der Opposition, die Bundesregierung sei an dieser Entwicklung schuld, muß klipp und klar verneint werden. Die darüber hinaus aufgestellte Unterstellung, die Bundesregierung nähme die Preissteigerungen tatenlos hin, ist Verleumdung. Ich erinnere an die Aufwertung der D-Mark im Herbst 1969, an die Einführung des Konjunkturzuschlags und die Aussetzung der progressiven Abschreibung im Juli 1970, an die Freigabe des Wechselkurses der D-Mark im Mai 1971 sowie an das im Sommer 1972 beschlossene haushaltspolitische Stabilisierungsprogramm.

Fragt man nach den Ursachen der anhaltenden Preissteigerungen, so haben die folgenden drei Faktoren ein besonderes Gewicht. Die Beschleunigung des Preisanstiegs ist erstens aufgrund der Explosion der US-amerikanischen Zahlungsbilanz 1970 und 1971 ein weltweites Phänomen, das auch unser Land nicht verschont. Die Spekulation gegen den Dollar an den internationalen Devisenmärkten und der damit verbundene Geldzufluß in die Bundesrepublik haben die Aktionsfähigkeit der Bundesbank bis zum August erheblich beeinträchtigt: Eine starke Aufblähung des Geldvolumens beeinflusste die Preisentwicklung. Zweitens führte der ausgelaufene Konjunkturzyklus zu erheblichen und heute noch nachwirkenden Kostenüberhängen. Und drittens haben nicht alle Instrumente des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes die von seinen Urhebern in sie gesetzten Erwartungen erfüllt.

Eine wirksame Bekämpfung des Preisanstiegs verlangt wegen der

Integration der europäischen Volkswirtschaften ein gemeinsames Vorgehen in Europa. Die Bundesregierung hat dazu Anfang September Vorschläge unterbreitet. Auf der Pariser Gipfelkonferenz ist gemeinschaftliches Handeln gegen den Preisauftrieb als vorrangig anerkannt worden. Ende Oktober sind auf der Ministerratsstagung in Luxemburg fast alle erforderlichen Maßnahmen - mit Ausnahme der von der Kommission empfohlenen Zollsenkung - beschlossen worden.

Dabei war die jeweilige Lage in den Staaten der erweiterten Gemeinschaft zu berücksichtigen: Es ist ein klarer Unterschied in den wirtschaftspolitischen Prioritäten der Arbeitslosigkeitsländer und der Vollbeschäftigungsländer zu Tage getreten. In einer demokratisch geordneten Gemeinschaft kann kein Land mit dem Stiernacken durch die Wand. Wir werden allerdings die Frage der Zollsenkung im Frühjahr 1973 erneut auf die Tagesordnung bringen.

Aber unser Bemühen um Stabilitätspolitik ist nicht nur europäisch ausgerichtet. Auch zu Hause haben wir die erforderlichen Maßnahmen zielbewußt in Angriff genommen. So hat die Bundesregierung besonders bei der Haushaltsführung 1972 das Gebot einer konjunkturgerechten Finanzpolitik sehr ernst genommen. Wir haben auf den Eventualhaushalt in Höhe von 2,5 Milliarden DM verzichtet, zusätzliche Kürzungen von 2,5 Milliarden DM vorgenommen und so die Zuwachsrate der Ausgaben des Bundes auf elf vH. begrenzt; durch diese Ausgabenkürzungen und durch Steuermehreinnahmen reduzieren wir die Kreditaufnahme von ursprünglich 7,3 Milliarden DM auf weniger als fünf Milliarden DM. Es bleibt kritisch zu hoffen, daß sich auch die Länder nach diesem Vorbild richten werden.

Unsere Planungen zum Bundeshaushalt 1973 sind von dem gleichen stabilitätspolitischen Bewußtsein getragen. Das Haushaltsvolumen soll, so hat es inzwischen auch der Luxemburger Ministerrat beschlossen, nur in gleicher Höhe wachsen wie das Bruttosozialprodukt nämlich um 10,5 vH.; wir werden dabei die Nettokreditaufnahme des Bundes auf den gleichen Betrag wie dieses Jahr begrenzen.

Aber jedermann muß wissen: Die Staatsausgaben zum tragenden Element der Stabilitätspolitik zu machen, indem man sie rigoros einschränkt - das hat eng gezogene Grenzen. Denn eine solche Einschränkung würde auf Dauer dazu führen, daß öffentliche Aufgaben vernachlässigt werden. Das ist nicht zu verantworten. Die öffentlichen Aufgaben dürfen künftig nicht mehr die Rolle des Lückenbüßers der Konjunktur- und Kreditpolitik zugewiesen erhalten. Wir werden auch die Einnahmeseite des Staatshaushaltes stärker zur Konjunkturbeeinflussung heranziehen.

Die Geld- und Kreditpolitik wird in Zukunft eine noch zunehmende Rolle spielen. Darin besteht volles Einvernehmen mit der Bundesbank, die seit der im August erreichten Absicherung der Außenwährungsflanke ihre Instrumente mit wachsendem Erfolg einsetzt. Dabei sind sich Bundesbank und Bundesregierung auch einig

in der Ablehnung jeder währungspolitischen Operation zu konjunkturpolitischen Zwecken: Eine nochmalige Aufwertung oder eine Freigabe der DM-Kurse kommt nicht in Betracht - darauf können sich Industrie und Außenhandel verlassen. Schon die letzte Aufwertung hat ganzen Wirtschaftszweigen schwerwiegende Belastungen gebracht; ich erinnere z.B. an Stahl und Steinkohle, an Schiffbau und Seeschifffahrt. Im Übrigen zeichnet sich bereits eine fühlbare Normalisierung der US-amerikanischen Zahlungsbilanz ab; sie schafft eine wesentliche Voraussetzung für die Wirksamkeit der Stabilitätspolitik der europäischen Partner der USA.

Auch die Wettbewerbspolitik der EWG wie unseres eigenen Landes muß operativ gegen die Preisentwicklung eingesetzt werden. Die Fusionskontrolle ist im vergangenen Deutschen Bundestag an der angeblich so marktwirtschaftlich orientierten CDU/CSU gescheitert und an dem damaligen Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses, der dann weglief, Herrn Kienbaum. Wir wünschen aber marktwirtschaftlichen Wettbewerb. Es ist unzumutbar, daß einige Großunternehmen, die marktbeherrschend sind, mit preispolitischen Diktaten den Wettbewerb unterwandern und damit die marktwirtschaftliche Ordnung gefährden. Wir werden deshalb die Kartell-Novelle ohne Verzug dem VII. Deutschen Bundestag zum Beschluß vorlegen.

Es besteht insgesamt eine gute Aussicht, die vom Ministerrat der EWG erstrebte Dämpfung des Preisauftriebs tatsächlich zu erreichen, die zwischen Dezember 1972 und Dezember 1973 auf vier v.H. begrenzt werden soll. In unserem Lande müssen dafür aber aus eigenem Entschluß die großen autonomen Gruppen ihren Beitrag leisten: die Länder, die Städte, die Preise festlegenden Unternehmungen und die Tarifvertrags-Parteien. Die Bundesregierung hat diese autonomen Gruppen auf ihre Verantwortlichkeit hingewiesen; sie lehnt es ab, ihnen ein Lohn- und Preisdiktat aufzuerlegen, aber sie hat auf die ihr notfalls zur Verfügung stehenden Instrumente des Stabilitätsgesetzes ausdrücklich aufmerksam gemacht. Sie wird - sobald ihr das Jahresgutachten des unabhängigen Sachverständigenrates vorliegen wird - den autonomen Gruppen diesen Bericht ohne Verzug vorlegen (CDU-Politiker, die im Vorwege das Gegenteil behauptet haben, müssen sich dies als grundloses Geschwätz vorwerfen lassen) und auch ihre eigenen Vorstellungen zum Ablauf des Jahres 1973 deutlich aussprechen.

Diejenigen allerdings, die, wie F.J. Strauß, die sozial-liberale Koalition zu dirigistischen, illiberalen Zwangseingriffen oder zur Nötigung anderer drängen wollen (möglicherweise nur deshalb, um uns nachher gerade dies vorwerfen zu können!), die vergeuden ihre Tinte: Denn es bleibt bei der Marktwirtschaft! Arbeitnehmer wie Unternehmer können deshalb - ebenso wie die Bundesregierung - mit gelassener Zuversicht der Zukunft entgegensehen.

(-/15.11.1972/xs/ex)